



Postulat

41/25 betreffend Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit in der aufsuchenden Jugendarbeit

Einleitung

Die Stadt Luzern stellt eine zunehmende Präsenz von Jugendlichen aus den umliegenden Gemeinden im öffentlichen Raum fest – insbesondere an stark frequentierten Orten wie Bahnhöfen, Plätzen oder Einkaufszentren. Gleichzeitig wird auch eine verstärkte Nähe Jugendlicher zur offenen Drogenszene beobachtet, was aus Sicht der Prävention und Jugendförderung äusserst bedenklich ist. Besonders besorgniserregend ist dies vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im städtischen Raum rund um hochgefährliche Substanzen wie Crack, Freebase, Etonitazene, Fentanyl und andere.

Die aufsuchende Jugendarbeit - bei der Fachpersonen direkt mit Jugendlichen im öffentlichen Raum in Kontakt treten - spielt eine zentrale Rolle in der präventiven Arbeit und muss den regionalen Mobilitätsmustern von Jugendlichen Rechnung tragen. Dazu braucht es Ressourcen, Koordination und vor allem eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit.

Da die Jugendlichen oft nicht nur in der Wohngemeinde, sondern auch im städtischen Raum präsent sind, ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern und den weiteren K5-Gemeinden zwingend. Nur so kann eine wirksame, präventive Präsenz im öffentlichen Raum gewährleistet werden.

Forderung

Der Gemeinderat wird darum beauftragt:

1. Die aktuelle Situation der aufsuchenden Jugendarbeit in Emmen zu analysieren - inklusive vorhandener Ressourcen, Zuständigkeiten und bestehender Lücken.
2. In Kontakt mit der Stadt Luzern sowie den weiteren K5-Gemeinden (Ebikon, Kriens, Horw, Adligenswil) zu treten, um Möglichkeiten für eine strukturierte, interkommunale Zusammenarbeit in der offenen Jugendarbeit zu prüfen.
3. Abzuklären, mit welchen konkreten Massnahmen - z. B. gemeinsame Trägerschaften, koordinierte Präsenzkonzepte oder Pilotprojekte - ein regional abgestimmtes Angebot im öffentlichen Raum aufgebaut werden kann.
4. Zu prüfen, wie auch Emmen durch eine solche Zusammenarbeit Jugendliche im öffentlichen Raum besser erreichen und begleiten kann - insbesondere an Orten mit erhöhtem Risiko.

Begründung

Die Jugendlichen von heute bewegen sich über Gemeindegrenzen hinweg – ihre Lebensrealität macht nicht Halt an Verwaltungsgrenzen. Umso wichtiger ist eine koordinierte, regionale Antwort im Bereich der aufsuchenden Jugendarbeit. Emmen soll sich aktiv an dieser Entwicklung beteiligen und zur Verbesserung der Situation beitragen – im Sinne der Prävention, der Sicherheit und der Förderung von Jugendlichen.

Emmenbrücke, 18. Juni 2025

Im Namen der SP Fraktion

Claudia Stucki

Jonas Ineichen

Simon Oehen

Claudia Stofer